

Pressemappe zur landesweiten Demonstration:

Versammlungsgesetz NRW stoppen! Grundrechte erhalten

30.10.2021 Köln

Inhalt:

1. Pressekontakt & Website
2. Social Media-Accounts
3. Bündnissprecher:innen
4. Pressemitteilung zur Demonstration am 30.10.
5. Informationen zur Demonstration (Route, Blockaufstellung, Redebeiträge, Hygienekonzept)
6. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen
7. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

1. Pressekontakt:

- Mobil: 0157 36664599
- E-Mail: presse@nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

Alle weiteren Informationen unter: www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

2. Social Media-Accounts (mit Live-Updates während der Demo)

- Facebook: <https://www.facebook.com/VersGNRWstoppen/>
- Twitter: <https://twitter.com/VersGNRWstoppen>
- Instagram: <https://www.instagram.com/versammlungsgesetznrwstoppen/>
- Hashtags: #VersGNRWstoppen #NoVersGNRW #k3010

3. Bündnissprecher:innen

- Gizem Koçkaya
- Lola Münch
- Sam Gruber

4. Pressemitteilung vom 26.10. zur Demonstration am 30.10.2021

+++ Dritte Großdemonstration gegen geplantes Versammlungsgesetz: Protestbündnis erwartet tausende Demonstrierende in Köln +++

Das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen – Grundrechte erhalten!“ erwartet für die dritte Großdemonstration gegen das geplante Versammlungsgesetz am Samstag in Köln mehrere tausend Teilnehmer:innen. Gewerkschaften, Klimaaktive, Antifaschist:innen, Parteiverbände, Fußball-Fans, Friedensaktive und viele mehr wollen gemeinsam gegen das Gesetz auf die Straße gehen und treten für ein Grundrecht ein, das die CDU/FDP-Koalition in NRW massiv einschränken will.

Dazu Gizem Koçkaya, Sprecherin des Bündnisses: "Wir fordern vom neuen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und seiner Landesregierung dasselbe, wie von seinem Vorgänger: diesen undemokratischen Gesetzesentwurf zu begraben. Die FPD sollte sich langsam bewegen und im Sinne der Versammlungsfreiheit dem Gesetzesvorhaben die Unterstützung entziehen. Wir lassen nicht locker, bis das Gesetz vom Tisch ist."

Die Demonstration beginnt am Samstag, 30.10.2021 um 13 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Kölner Friesenplatz. Anschließend wird sich ein Demonstrationzug über: Hohenzollernring – Habsburgerring – Pilgrimstraße – Hahnenstraße – Neumarkt – Cäcilienstraße – Pipinstraße – Deutzer Brücke – Mindener Straße – Opladener Straße – Justinianstraße – Deutz-Kalker-Straße – Kalker Hauptstraße – Walter-Pauli-Ring – Geschwister-Katz-Straße in Gang setzen. Die Abschlusskundgebung wird dann im Bürgerpark Kalk stattfinden.

Wir bieten vor Demonstrationsbeginn wieder ein Pressebriefing an. Dieses findet um 12 Uhr am Rudolfplatz unter dem Torbogen statt.

Bündnis "Versammlungsgesetz NRW stoppen - Grundrechte erhalten"

Pressekontakt:

Mobil: 0157 3666 4599

Email: presse@nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

5. Ablauf der Demonstration

a. Route

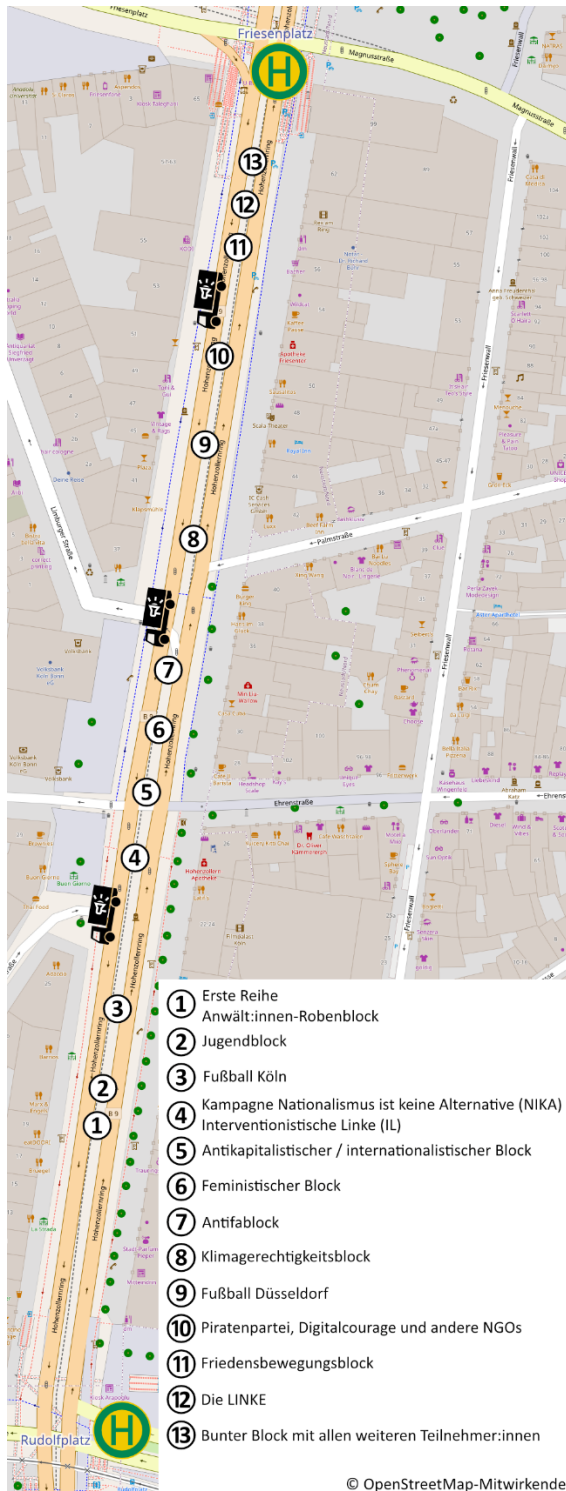
- Hohenzollernring zwischen Friesenplatz und Rudolfplatz (Auftaktkundgebung)
- Hohenzollernring
- Habsburgerring
- Pilgrimstraße
- Hahnenstraße
- Neumarkt (südliche Straße)
- Cäcilienstraße
- Pipinstraße
- Deutzer Brücke
- Mindener Straße
- Opladener Straße
- Justinianstraße
- Deutz-Kalker-Straße
- Walter-Pauli-Ring
- Geschwister-Katz-Straße
- Barcelona-Allee
- Bürgerpark Kalk (Abschlusskundgebung)

b. Blockaufstellung

Die Demonstration stellt sich wie folgt auf:

1. Erste Reihe und Anwäl:innen-Block
2. Jugendblock
3. Fußball Köln

4. Kampagne Nationalismus ist keine Alternative (NIKA) / Interventionistische Linke (IL)
5. Antikapitalistischer / internationalistischer Block
6. Feministischer Block
7. Antifablock
8. Klimagerechtigkeitsblock
9. Fußball Düsseldorf
10. Piratenpartei, Digitalcourage und andere NGOs
11. Friedensbewegungsblock
12. Die Linke
13. Bunter Block



© OpenStreetMap-Mitwirkende

c. Redebeiträge

Auftaktkundgebung

- allgemeine Einordnung des NRW VersG und Demokratieabbau im Allgemeinen
- Klimagerechtigkeit
- Antifa
- Gewerkschaften

Abschlusskundgebung

- Rede des Jugendblocks
- Rede von Fußball-Fans
- Rassismus und #Polizeiproblem, Migrantifa // BLM und Erfahrungen mit Versammlungsgesetzen
- FLINTA-Kämpfe und das Versammlungsgesetz
- Überwachung

d. Hygienekonzept

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Auch wenn es keine Pflicht mehr gibt, Mund-Nasen-Schutz zu tragen und Sicherheitsabstände einzuhalten, bitten wir euch aus Rücksicht auf andere und zu eurem eigenen Schutz, weiterhin Sicherheitsabstände einzuhalten und/oder Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Teilnehmenden, welche nicht vollständig immunisiert sind, empfehlen wir, innerhalb von 24 Stunden vor der Demo einen Schnelltest zu machen.

6. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen

a. Bündnismitglieder

Das Bündnis "Versammlungsgesetz NRW stoppen - Grundrechte erhalten" besteht zurzeit aus 102 Gruppen. Der Aufruf des Bündnisses wird zudem von zahlreichen weiteren Gruppen unterstützt und hat bereits über 190 Unterzeichner:innen.

Das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen!“ wird getragen von:

- AGIF (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen in Deutschland)
- Allgemeines Syndikat Duisburg / Ruhrgebiet der Freien Arbeiter*innen Union (FAU)
- Antifa AK Köln (...umsGanze!)
- Antifa Essen West
- Antifaschistische Linke Münster
- Antikapitalistisches Klimatreffen Bonn
- Antirassismus-Telefon Essen
- AntiRRR (Antirepressionsgruppe Rheinisches Revier)
- Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Arbeitskreis Versammlungsgesetz stoppen! Aachen
- ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)

- attac Bielefeld
- attac Bochum / Occupy Bochum
- attac Düsseldorf
- Aufbäumen
- Aufstehen gegen Rassismus – Aktivengruppe Essen
- ausgeCO2ht
- Autonome Antifa 170
- AZADÎ
- Bochumer Bündnis Versammlung(verhinderungs)Gesetz stoppen – Grundrecht erhalten
- Bonner Bündnis gegen Rechts (BBGR)
- Bündnis BlockaDO
- Bündnis FC Fans gegen das Versammlungsgesetz
- Bündnis gegen Rechts Paderborn
- Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie
- BUNDjugend NRW
- Deutsch kurdischer Freundschaftsverein Wuppertal e.V.
- DFG-VK Münster
- DFG-VK NRW
- DIE LINKE NRW
- Die Linke.SDS NRW
- Die PARTEI NRW
- Disteln – Antifa Paderborn
- DKP in NRW
- Duisburg stellt sich quer
- Erwerbslosenforum Deutschland
- Essen stellt sich quer
- ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie
- Extinction Rebellion NRW
- FIDEF
- Friedenskooperative Münster
- Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)
- Frauenkollektiv Köln
- Frauen*streik Bonn
- Fridays For Future Dortmund
- Fridays For Future Duisburg
- Fridays For Future Recklinghausen
- Fridays For Future Wülfrath
- GRÜNE JUGEND NRW
- Humanistische Union – Landesverband NRW
- I Furiosi (Düsseldorf)
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Rheinland
- Internationale Jugend
- Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]
- Interventionistische Linke Köln
- Jugendverband der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
- Kurdischer Frauenverein VIYAN e.V. Wuppertal
- Landesschüler*innenvertretung NRW
- Linksjugend [’solid] NRW
- Linksjugend [’solid] Wuppertal

- Migrantifa Duisburg
- Münsterliste – Bund und international
- Nationalismus ist keine Alternative NRW
- Naturfreundejugend NRW
- Netzwerk Rechtskritik
- No Border Rheinland
- NRW Jusos
- Oberberg steht auf
- Osterholz bleibt!
- Piratenpartei Düsseldorf
- Piratenpartei NRW
- Piratenpartei Herne
- Piratenpartei Wuppertal
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
- Revolutionärer Jugendbund
- Rote Hilfe e.V.
- Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Bielefeld
- Ruhrjugend
- SDAJ
- Seebrücke Oberhausen
- Siegener Bündnis gegen das Versammlungsgesetz NRW (NoVersGNRWSi)
- SJD – Die Falken, Landesverband NRW
- SKB – Bund Sozialistischer Frauen
- SofA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
- Solidaritätsnetzwerk Köln
- Solidaritätsnetzwerk Wuppertal
- Sozialbündnis Krefeld
- Studierendenkollektiv Wuppertal
- SYM (Socialist Youth Movement)
- Tacheles e.V. / Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein
- ver.di Bezirk Duisburg-Niederrhein
- ver.di Bezirk Linker Niederrhein
- ver.di Bezirk Ostwestfalen-Lippe
- ver.di Jugend NRW
- ver.di Landesbezirk NRW
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. (VDJ e. V.)
- Versammlungsgesetz NRW stoppen Bielefeld
- VVN-BdA Landesvereinigung NRW e.V.
- YDG (Neue Demokratische Jugend)
- Young Struggle
- Zora Köln

b. Bündnisaufruf

DEN ANGRIFF AUF DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT ABWEHREN!

Während der pandemiebedingten Einschränkungen plant die schwarz-gelbe Landesregierung einen erheblichen Angriff auf unsere Versammlungsfreiheit. Bereits 2018 hat sie ihre „Sicherheitsagenda“ mit dem rigide in Grundrechte eingreifenden Polizeigesetz verabschiedet. Mit einem Landesversammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen will sie die bisher geltenden Regelungen des Bundesversammlungsgesetzes ersetzen und dabei massiv in unsere Freiheiten

eingreifen. Der Entwurf der Landesregierung ist durch und durch autoritär gestrickt: Anstatt polizeiliche Eingriffe strikter Kontrolle zu unterstellen, um damit (rassistische) Polizeigewalt, Einschüchterung und Überwachung zu unterbinden, verkehrt er die zentrale Bedeutung der Versammlungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft ins Gegenteil und muss daher unbedingt gestoppt werden!

Die Versammlungsfreiheit zählt in der parlamentarischen Demokratie zu den zentralen Grundrechten, weil sie es Bürger:innen ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. Demokratie braucht lebendige Versammlungen – die Landesregierung plant mit ihrem Gesetzesentwurf einen Angriff auf die Zivilgesellschaft.

So sollen voraussetzungslos Übersichtsaufnahmen (beispielsweise per Drohne oder Hubschrauber) zulässig sein und unter bestimmten Voraussetzungen auch verdeckte Ton- und Videoaufnahmen. Zudem sollen Anmelder:innen von Versammlungen zukünftig umfangreiche Angaben machen, werden zur Kooperation mit der Polizei gedrängt und müssen unter Umständen sogar die persönlichen Daten der Ordner:innen an die Polizei übermitteln. Durch die Aushöhlung der Polizeifestigkeit der Versammlung und die Befugnis zur voraussetzungslosen Errichtung von Kontrollstellen kann zukünftig der Zugang zu Versammlungen durch die Polizei erheblich erschwert oder gar unterbunden werden. Allein die Vermutung, dass Personen eine Versammlung stören wollen, könnte ausreichen, dass die Polizei sie und ihre Sachen durchsucht, ihre Identität feststellt und ihnen untersagt, an der Demonstration oder Gegenkundgebung teilzunehmen. Auch antifaschistische Gegenproteste werden durch ein erweitertes Störungsverbot erschwert. Einheitliche Kleidung, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung als Teil des Meinungsausdrucks getragen wird, kann mit dem sog. Militanzverbot kriminalisiert werden. Progressive Ideen, wie z.B. eine Abschaffung des strafbewehrten Vermummungsverbot oder eine unabhängige Beobachtung der Polizeieinsätze finden sich nicht im Entwurf. Auch zentrale Prinzipien der Verfassungsrechtsprechung wurden nicht aufgenommen: etwa ein Deeskalationsgebot, die Ermöglichung von Gegenprotesten in Hör- und Sichtweite und die Pflicht für Zivilpolizist:innen, sich zu erkennen zu geben. Der ganze Gesetzestext atmet Misstrauen gegen Bürger:innen, die ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Was Versammlungsfreiheit praktisch bedeutet, haben 100.000 Demonstrant:innen 1981 bei den Protesten gegen das AKW Brokdorf erkämpft und vor dem Bundesverfassungsgericht anschließend durchgesetzt. Das Verfassungsgericht bezeichnete in seinem wegweisenden Brokdorf-Beschluss Versammlungen als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“. 40 Jahre später legt die Landesregierung die Axt an diese Grundsätze und verstärkt damit den gesellschaftlichen Rechtsruck. Damit ist der Entwurf ein Angriff auf die Demokratie – also auf uns alle! Dem stellen wir uns trotz aller Unterschiede in unseren Ansichten, Strategien und Aktionsformen gemeinsam entgegen!

Eine Auflistung der über 160 Unterstützer:innen des Aufrufs finden sich hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/aufruf/unterstuetzerinnen/>

7. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

Weitere Informationen zu den bisherigen Pressemitteilungen des Bündnisses finden Sie hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/presse/>